

Stellungnahme
zur Aufnahme der Fachhochschule Altmark in Stendal
in das Hochschulbauförderungsgesetz

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Vorbemerkung	2
A. Ausgangslage	3
I. Die Auslastung der bestehenden Fachhochschulen und weitere Ausbauplanungen des Landes	3
1. Allgemeine Ziele der sachsen-anhaltinischen Hochschulpolitik	3
2. Ausbauplanungen des Landes	7
II. Planungen für die Neugründung einer Fachhochschule Altmark in Stendal	11
1. Standort	11
2. Studiengänge und Studienschwerpunkte	12
3. Räumliche und personelle Ausstattung	18
B. Stellungnahme	20
I. Zu den Ausbauplänen des Landes im Fachhochschulbereich	20
II. Zu den Planungen für die Neugründung einer Fachhochschule Altmark in Stendal	23
1. Zum Standort	23
2. Zu den Studiengängen und Studienschwerpunkten	24
3. Zur geplanten personellen und räumlichen Ausstattung	27
C. Zusammenfassende Empfehlung	28

Vorbemerkung

Mit Schreiben vom 13. Oktober 1993 hat der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt den Wissenschaftsrat um eine Stellungnahme zum Antrag auf Aufnahme einer Fachhochschule Altmark in Stendal in die Anlage zum Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) gebeten. Im Laufe der Beratungen mit dem Wissenschaftsrat haben die Länder Sachsen-Anhalt und Brandenburg erwogen, den vorgesehenen Standort Stendal mit einer grenznahen Fachhochschul-Neugründung in Brandenburg - Region Prignitz - strukturell, inhaltlich und organisatorisch zu verknüpfen. Auf Bitten des Ministers für Wissenschaft und Forschung des Landes Brandenburg (Schreiben vom 6. September 1994) und mit Zustimmung des Landes Sachsen-Anhalt sollte der Wissenschaftsrat diese Überlegungen in die Stellungnahme einbeziehen. Brandenburg hat jedoch nach Abschluß der landesinternen Beratungen zur Festlegung von Ausbauzielen im Fachhochschulbereich entschieden, mittelfristig keine neuen Kapazitäten in der Region Prignitz zu errichten, so daß der Wissenschaftsrat die vorliegende Empfehlung unter Einbeziehung dieser Prämisse auf die Planungen Sachsen-Anhalts für den Standort Stendal konzentriert hat.

Die Arbeitsgruppe Fachhochschulgründungen des Wissenschaftsrates hat Stendal am 14./15. Februar 1994 besucht und die vorgelegten Landesplanungen mit Vertretern der Arbeitsgruppe des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung zur Errichtung einer Fachhochschule am Standort Stendal und des Landes beraten. Der Arbeitsgruppe gehören auch Sachverständige an, die nicht Mitglieder des Wissenschaftsrates sind. Ihnen ist der Wissenschaftsrat zu besonderem Dank verpflichtet.

Der Wissenschaftsrat hat die Stellungnahme am 19.1.1996 verabschiedet.

A. Ausgangslage

I. Die Auslastung der bestehenden Fachhochschulen und weitere Ausbauplanungen des Landes

I.1. Allgemeine Ziele der sachsen-anhaltinischen Hochschulpolitik

Zum Zeitpunkt der Neugründung des Landes bestanden in Sachsen-Anhalt neun Hochschulen, nämlich eine Universität, eine künstlerische und eine Pädagogische Hochschule in Halle, eine Technische Universität, eine Medizinische Akademie und eine Pädagogische Hochschule in Magdeburg sowie eine Landwirtschaftliche Hochschule in Bernburg und zwei Technische Hochschulen in Köthen und Leuna-Merseburg. Die Hochschulen waren auf die Industriestandorte und Ballungszentren im Süden und Osten des Landes konzentriert. Im Oktober 1990 waren dort rund 20.500 Studierende eingeschrieben, von denen 6.300 zu den ingenieurwissenschaftlichen Fachbereichen und 3.800 zu den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereichen gehörten.

Der Wissenschaftsrat hat mit seinen Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft im Jahre 1991 neben einer Stärkung der TU Magdeburg sowie der Zusammenführung von Teilen der TH Merseburg mit der Universität Halle-Wittenberg auch den Aufbau von vier Fachhochschulen befürwortet: in Anhalt (mit den Standorten Köthen, Bernburg und Dessau) sowie in Halle-Merseburg, Wernigerode und Magdeburg. Sie sollten über eine Gesamtkapazität von rund 10.000 flächenbezogenen Studienplätzen verfügen.¹⁾ Nach Auffas-

¹⁾ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern.- In: Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin - Teil II, Köln, 1992, S. 121-128; Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften an den Universitäten und Technischen Hochschulen in den neuen Ländern, A.a.O., S. 180-188.

sung des Wissenschaftsrates sollte ein Studienplatzangebot geschaffen werden, das der längerfristig anwachsenden Studienplatznachfrage gerecht werden und die absehbaren qualitativen und quantitativen Veränderungen im Qualifikationsbedarf des Beschäftigungssystems moderner Industrie- gesellschaften angemessen berücksichtigen würde. Die für die Fachhochschule typische Kooperation mit der beruflichen Praxis auch in Form anwendungsbezogener Forschung, Entwicklung und Weiterbildung sollte Impulse für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in der jeweiligen Region geben.²⁾

Die Hochschulstrukturkommission des Landes Sachsen-Anhalt hat diese Empfehlungen aufgenommen und ein dreistufiges Entwicklungskonzept für alle Hochschulen des Landes erarbeitet.³⁾ Es geht davon aus, daß sich das Bildungverhalten an das in den alten Ländern annähern und sich damit die Zahl der Studierenden entsprechend erhöhen wird. Bei einem erwarteten Anteil von rund 40% Studienberechtigten an einem Altersjahrgang wird die Hochschule nach Ansicht der Kommission immer mehr zu einer Stätte berufsfähigender Erstausbildung. Diese Funktion könne von Fachhochschulen besonders wirkungsvoll wahrgenommen werden. Aus diesem Grund soll der Fachhochschulbereich in Sachsen-Anhalt mit besonderer Intensität entwickelt werden, so daß um die Jahrtausendwende für rund 50% aller Studienanfänger ein Studienplatz an einer Fachhochschule bereitsteht. Deshalb geht sie in ihrer Empfehlung quantitativ über den Wissenschaftsrat hinaus und spricht sich für den Aufbau von 11.750 Studienplätzen an Fachhochschulen in einer ersten Ausbaustufe bis Ende 1995

²⁾ Vgl. auch Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren, Köln 1991, S. 67-71. Ders.: 10 Thesen zur Hochschulpolitik, Berlin 1993, S. 31-36.

³⁾ Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission zur Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt (vom 31.3.1992), S. 17, 22.

und 16.800 nach 1998 aus. Diese Empfehlung der Hochschulstrukturkommission hat sich das Land in seinen Strukturplanungen zu eigen gemacht.⁴⁾ Bis zum Jahr 2000 sahen die Planungen des Landes ursprünglich den Aufbau von 16.800 und nach der Jahrtausendwende von weiteren 2.400 Fachhochschulstudienplätzen vor, bezogen auf ein Gesamtausbauziel für die Hochschulen in Sachsen-Anhalt von rund 44.000 flächenbezogenen Studienplätzen. Teil dieser Überlegungen war auch die Gründung einer weiteren Fachhochschule in der Altmark. Hier sollten ab 1995 bis 1998 2.100 flächenbezogene Studienplätze errichtet werden.

Für die Realisierung dieser Planungen geht das Land von einem Finanzbedarf von rund 5,28 Milliarden DM zunächst bis 2005 aus, davon rund 2,9 Milliarden DM für den Zeitraum 2000-2005. Sachsen-Anhalt hat zum 25. Rahmenplan 1996-1999 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 3,0 Milliarden DM angemeldet. Davon entfallen 515 Millionen DM auf Vorhaben im Fachhochschulbereich. Im Landeshaushalt 1995-1997 sollen 1,1 Milliarden DM für den Hochschulbau bereitgestellt werden. Die Landesregierung verfolgt das erklärte Ziel, die notwendigen Raten mittelfristig auch in den folgenden Haushalten bereitzustellen und die notwendigen administrativen Voraussetzungen für einen zügigen Abfluß der Mittel zu schaffen.

⁴⁾ Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt, Beantwortung des Fragenkatalogs der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Januar 1994, S. 1.

Übersicht 1: Die Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt mit ihren angestrebten Studienplatzkapazitäten und ihrer derzeitigen Auslastung

Standort	Wissenschaftsrat: Empfehlung flächenbez. Studienplätze	LHK: Empfehlung flächenbez. Studienplätze (1.Ausbau- stufe 1992 - 1995)	Ist-Stand (WS 94/95): flächenbez. Studienplätze	Raumauslastung ¹⁾	
				Studienanfänger in %	Studenten in %
FH Anhalt: Köthen	3.500 (1.500)	4.200 (1.700)	1.999 (892)	118	81
Bernburg	(1.000)	(1.250)	(878)	113	125
Dessau	(1.000)	(1.250)	(229)	388	287
FH Merseburg	2.000	2.600	1.564	97	74
FH Harz	1.500	1.500	671	100	80
FH Magdeburg	3.000	3.450	475	410	344
Gesamt	10.000	11.750	4.709	151	123

1) Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zum 25. Rahmenplan (1996-1999), Bd. 5.

I.2. Ausbauplanungen des Landes

Die seit 1990 eingetretene wirtschaftliche Entwicklung hat auch die bisherige Entwicklung der Fachhochschulen beeinflusst, wie das Land ausgeführt hat:

Die derzeitige auf den Arbeitsmarkt wirkenden strukturellen und konjunkturellen Probleme in den Wirtschaftsbereichen Maschinenbau, Elektrotechnik und Chemie in der Bundesrepublik Deutschland sind in Sachsen-Anhalt besonders spürbar, da hier die ehemals starken Industriezweige Maschinenbau und Chemie beinahe vollständig abgebaut worden sind. Dies beeinträchtigt unmittelbar die Nachfrage nach Studienplätzen, die unter besonderer Berücksichtigung dieser Bereiche errichtet worden waren. Davon betroffen sind in erster Linie die Standorte Köthen (FH Anhalt) und Merseburg, wo auf die genannten Studiengänge z.T. über 50% der Studienplätze entfallen. Starker Nachfrage erfreuen sich demgegenüber die Studiengänge Betriebswirtschaft, Wirtschaftsingenieurwesen, Bauwesen und Sozialwesen.

Das Land hat sich deshalb entschlossen, das Fächerspektrum der bestehenden Standorte zu überprüfen und unterausgestellte Studiengänge durch innovative Schwerpunktsetzungen zu ergänzen. Diese Überlegungen werden vom Land in der folgenden Übersicht zusammengefaßt:

Übersicht 2: Fachliche Weiterentwicklung der Standorte

Fachhochschule	Studiengang	Studienrichtung/ -schwerpunkt	Kommentar
1. Neue Studienrichtungen und -schwerpunkte in herkömmlichen Studiengängen			
Anhalt	Elektrotechnik	Automatisierungstechnik, begonnen Informationsverarbeitung	
	Informatik	Umweltinformatik	begonnen
	Maschinenbau	Kunststoffverarbeitung, Komm. Versorgungstechnik	begonnen

Fachhochschule	Studiengang	Studienrichtung/ -schwerpunkt	Kommentar
	Landwirtschaft	Agrarhandel und -ver- marktung, Agrarmanage- ment, Ökologischer Landbau	begonnen
	Biotechnologie	Biotechnologische Produktionsverfahren	begonnen
Magdeburg	Technische Chemie	Analytische Chemie, Pharmatechnik	begonnen in Planung
Harz	Betriebswirtschaft	Fremdenverkehr/ Tourismus	begonnen
	Elektrotechnik	Automatisierungs- und Antriebstechnik	begonnen
2. Neue Studiengänge innerhalb bzw. an den Rändern des bisherigen Fä- cherspektrums			
Harz	Ingenieurinformatik		begonnen
	Öffentliche Wirtschaft		Beginn WS 95/96
Magdeburg	Wasserwirtschaft	Siedlungswasser- wirtschaft/Wasser- bau, Abfallwirtschaft	begonnen
Merseburg	Mechatronik		Beginn WS 95/96
	Technische Informatik		begonnen
3. Studienangebote über das bisherige Spektrum hinaus			
Magdeburg	Gesundheitsförderung/ -management		BLK-Modell- versuch
	Heilpädagogik	Logopädie/ Ergotherapie/ Spieltherapie	teilweise begonnen
	Pflegedienst		in Planung
	Musiktherapie		in Planung
	Fachkommunikation	Fachübersetzen/ Fachdolmetschen	begonnen
Merseburg	Technische Dokumentation		Beginn WS 95/96

Fachhochschule	Studiengang	Studienrichtung/ -schwerpunkt	Kommentar
4. Ausbau integrierter Auslandsstudiengänge			
Anhalt	Internationale Betriebswirtschaft		begonnen
5. Neue Studiengangsmodelle/Aufbau- und Ergänzungsstudiengänge			
Magdeburg	Wirtschaftsingenieurwesen (Zusatzstudium, berufsbegleitend)		begonnen
Merseburg	Sozialwesen (Zusatzstudium, berufsbegleitend)		begonnen

Aufgrund des eingetretenen Geburtenrückgangs ist nach gegenwärtigem Kenntnisstand ab etwa 2005 von einer deutlich verminderten Zahl von Studienberechtigten auszugehen. Der zu erwartende Studienplatzbedarf an Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt wird nach heutigem Kenntnisstand in dem gesamten Prognosezeitraum bis 2015 nicht wesentlich über die vom Land als Ziel der 1. Ausbaustufe festgelegten 11.750 flächenbezogenen Studienplätze hinausgehen.

Obwohl das Land grundsätzlich an seinen langfristigen Ausbauplänen im Fachhochschulbereich festhält, hat es diese Planungen zeitlich entsprechend den veränderten Rahmenbedingungen modifiziert. Nunmehr ist u.a. vorgesehen, bis 1998/99 an den Fachhochschulen Anhalt, Merseburg und Magdeburg insgesamt 800 Studienplätze aus der 1. Ausbaustufe herauszunehmen. Diese Veränderung der Ausbauphasen hat keine Auswirkung auf die in Übersicht 2 genannten Planungen zur fachlichen Weiterentwicklung der bestehenden Standorte. Statt dessen soll die Errichtung der Fachhochschule Altmark in Stendal in dieser Ausbaustufe mit Vorrang betrieben werden. Der weitere Ausbau der bestehenden Fachhochschulen soll sich nach Maßgabe der dann aktuellen Entwicklungen ab 1998/99 daran anschließen, wie die folgende Übersicht zeigt:

Übersicht 3: Aktuelle Ausbauplanung für die Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt

	LHK ¹⁾	Studienanfänger Landesplanung ²⁾			flächenbez. Studienplätze ²⁾				Personalbedarf ³⁾ (davon Prof.)	
		1996	1998	2000	1996	1998	2000	nach 2000	1996	1998
FH Anhalt	1.210	1.170	1.300	1.650	3.900	4.600	5.700	5.700	534 (210)	550 (245)
FH Harz	425	430	500	600	1.500	1.750	2.100	2.100	168 (80)	180 (85)
FH Magdeburg	980	910	1.050	1.200	3.000	3.650	4.300	4.300	420 (200)	445 (210)
FH Merseburg	745	740	850	900	2.550	3.000	3.200	3.200	290 (115)	315 (145)
FH Altmark		190	290	450	800	1.000	1.500	1.500		109 (52)
Erweiterung								2.400		
insges.		3.440	3.990	4.800	11.750	14.000	16.800	19.200		

Quelle: 1) Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission zur Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt (vom 31.3.1992), S. 22.- 2) Angaben des Landes an den Wissenschaftsrat - November 1994 und August 1995.- 3) Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt: Beantwortung des Fragenkatalogs der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates. - Januar 1994, Anlage I/1.2.

II. Planungen für die Neugründung einer Fachhochschule Altmark in Stendal

II.1. Standort

Die Altmark (0,3 Millionen Einwohner) als engere Region bezeichnet eine historische Landschaft im Norden Sachsen-Anhalts und erstreckt sich über einen Teil des Regierungsbezirks Magdeburg. Sie grenzt an die Länder Brandenburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern an. Mit einer niedrigsten Dichte von 39 (Landkreis Havelberg) und einer höchsten Dichte von 96 (Landkreis Stendal) Einwohnern pro km² in den sechs zugehörigen Landkreisen liegt die Altmark erheblich unter dem Landesdurchschnitt von 137 Einwohnern pro km².⁵⁾ Bevölkerungsdichte und -entwicklung finden ihre Entsprechung in der regionalen Wirtschaftsstruktur, die noch weitgehend landwirtschaftlich geprägt ist und erst langsam beginnt, klein- und mittelständische Unternehmensstrukturen vorwiegend im Dienstleistungssektor zu entwickeln. Es ist derzeit noch nicht abschließend zu erkennen, welche Wirtschaftssektoren die Gesamtstruktur mittel- und langfristig prägen werden. Gleichwohl wird der Aufbau einer Fachhochschule vom Land als eine Maßnahme zur Stärkung und wirtschaftlichen Entwicklung der Region angesehen.

Nach der Wiedervereinigung haben sich die Zahl der allgemeinbildenden höheren Schulen und ihre Ausbildungskapazitäten in der Altmark erhöht. In ihren sechs Landkreisen bestehen nunmehr 16 Gymnasien sowie zwei Fachoberschulen und drei Fachgymnasien, die den größten Teil der Studienberechtigten hervorbringen. Der Anteil der Bevölkerung unter 20 Jahren lag 1992 mit 25% überdurchschnittlich hoch. Im Land-

⁵⁾ Bildungsentwicklung und Studiennachfrage in Sachsen-Anhalt: Grund- und Strukturdaten für die Hochschulplanung.- Hannover 1994 (= Materialien des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturforchung, 159)

kreis Stendal betrug im gleichen Jahr der Anteil der Gymnasiasten an den Altersjahrgängen zwischen 10 und 17 Jahren bereits 35 bis 40%. Die Region verfügt jedoch bisher über keine Bildungsinstitution des Tertiären Sektors.

Von diesen Daten und dem allgemeinen dramatischen Geburtenrückgang in den neuen Ländern seit 1988 ausgehend, legt das Land für die Entwicklung des Studienanfängeraufkommens in der Altmark und der potentiellen Studienanfänger an einer Fachhochschule Altmark nunmehr Prognosedaten zugrunde, die im Laufe der Beratungen mit dem Wissenschaftsrat zu dem Ergebnis führten, von dem ursprünglichen Ausbauziel von 2.100 flächenbezogenen Studienplätzen abzurücken und den Aufbau von 1.000 flächenbezogenen Studienplätzen am Standort Stendal (d.h. rund 300 Studienanfängerplätze pro Jahr) vorzusehen. Diese Perspektive wird nach Auffassung des Landes durch den Verzicht Brandenburgs auf Errichtung eines Fachhochschulstandortes in der benachbarten Region Prignitz, die eine ähnliche wirtschaftliche Grundstruktur wie die Altmark aufweist, unterstützt. Die Tragfähigkeit des Standortes soll darüber hinaus durch ein auch überregional attraktives Fächerspektrum dauerhaft abgesichert werden.

Innerhalb des 1. Aufbauabschnitts für den Fachhochschulbereich sollen für die Fächergruppen Wirtschaft, Technik und Sozialwesen zunächst 800 flächenbezogene Studienplätze errichtet werden. Für die 2. Aufbaustufe sind ab 1998 mindestens 200 weitere flächenbezogene Studienplätze vorgesehen.

II.2. Studiengänge und Studienschwerpunkte

Während der Beratungen mit dem Wissenschaftsrat hat das Land seine ursprünglichen Studienangebotsplanungen überprüft und auf vier Studiengänge konzentriert, von denen zunächst drei verwirklicht werden sollen. Die Fachhochschu-

le Altmark soll - beginnend mit dem Wintersemester 1995/96 - im Studiengang Betriebswirtschaftslehre mit zunächst 50 Studienanfängern ihren Betrieb aufnehmen. Die Aufnahmekapazität in diesem Studiengang soll vom Wintersemester 1996/97 an auf 100 Studienanfänger erweitert werden. Gleichzeitig sollen dann zwei weitere Studiengänge mit zunächst jeweils 30 Studienanfängern aufgebaut werden: Sozialwesen (ab 1997/98 mit 60 Studienanfängern) sowie Bauingenieurwesen (ab 1997/98 mit 70 Studienanfängern). Für die 2. Ausbaustufe mit Beginn des Wintersemesters 1998/99 soll das fachliche Spektrum durch einen Studiengang Versorgungstechnik/ Technische Gebäudeausrüstung abgerundet werden.

Als besonderes Element für den Standort soll eine integrierte Sprachausbildung mit entsprechenden landeskundlichen Elementen in allen Studiengängen werden. Es sollen sowohl Lehrveranstaltungen und Prüfungen in Fremdsprachen abgehalten werden als auch die Möglichkeit bestehen, ein praktisches Studiensemester im Ausland zu absolvieren. Derzeit ist Sprachunterricht im Umfang von insgesamt 16 Semesterwochenstunden in allen Studiengängen vorgesehen. Angeboten werden sollen Englisch, Französisch und Spanisch.

Für alle Studiengänge ist das fünfte Semester als Praxissemester konzipiert, während im achten Semester die Anfertigung der Diplomarbeit und die Diplomprüfungen erfolgen.

Die weitere inhaltliche Ausgestaltung der einzelnen Studiengänge soll den Gründungskommissionen der Fachbereiche vorbehalten bleiben.

a) Studiengang Betriebswirtschaftslehre

An allen Fachhochschulen des Landes werden wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge angeboten (Betriebswirtschaftslehre und /oder Wirtschaftsingenieurwesen). Für Stendal

sieht das Land vor, einen grundständigen Studiengang Betriebswirtschaftslehre aus einem Fernstudienbrückenkurs "Betriebswirtschaft" zu entwickeln, den die Fachhochschule Magdeburg in ihrer derzeitigen Außenstelle in Stendal zur Nachqualifizierung von Ingenieur- und Fachschulabsolventen der DDR seit dem Wintersemester 1992/93 durchführt (z.Zt. 150 Studierende).

Die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen sollen besonders die Anforderungen der vorwiegend mittelständisch geprägten Wirtschaft und die Belange des Dienstleistungssektors berücksichtigen.

Innerhalb des dreisemestrigen Grundstudiums soll ein breites Grundlagenwissen vermittelt werden. In einem Umfang von 84 Semesterwochenstunden werden die Bereiche Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Rechnungswesen und betriebliche Steuerlehre, Informatik, Wirtschaftsrecht, Mathematik, Statistik sowie Sprachen und ein weiterer Wahlbereich angeboten.

Das Hauptstudium mit 66 Semesterwochenstunden, das einschließlich der Diplomphase auf fünf Semester angelegt ist, dient der Vermittlung vertiefter Handlungskompetenz und orientiert sich an betrieblichen Abläufen. Es führt zwei Schwerpunktstudien ein. Im Schwerpunktstudium I sollen sich die Studierenden zwei Bereiche aus Rechnungswesen, Marketing, Personalwesen oder Finanzwirtschaft wählen, in denen sie insgesamt 32 Semesterwochenstunden belegen. Die Wahlfächer des Schwerpunktstudiums II sind Psychologie, Soziologie oder Rhetorik. Auf sie entfallen 12 Semesterwochenstunden. Im Rahmen von insgesamt 18 Semesterwochenstunden werden außerdem noch Bereiche der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre (Controlling, Informationsmanagement, Führungstechniken) und der allgemeinen Volkswirtschaftslehre (aktuelle wirtschaftspolitische Fragestellungen) berücksichtigen.

sichtig. Vier Semesterwochenstunden entfallen auf praxisbegleitende Lehrveranstaltungen.

b) Studiengang Sozialpädagogik

Sozialpädagogik wird derzeit für Studieninteressenten aus der weiteren Region an zwei Fachhochschulstandorten in Sachsen-Anhalt (Magdeburg und Merseburg) sowie in Brandenburg an der Fachhochschule Potsdam als Studiengang angeboten. Zur Versorgung des ländlichen Raumes sollen an der Fachhochschule Altmark weitere Ausbildungskapazitäten mit den Schwerpunkten Elementarerziehung und Familienpädagogik unter besonderer Berücksichtigung der Integrationspädagogik für Behinderte bereitgestellt werden. Die Gestaltung der Schwerpunkte orientiert sich an den vielfältigen Anforderungen, die das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz an die soziale Arbeit stellt. Trotz dieser Schwerpunktsetzung sollen die Absolventen in der Lage sein, auch in anderen Bereichen der Sozialpädagogik tätig zu werden.

Das Grundstudium umfaßt drei Semester mit 72 Semesterwochenstunden, in denen in den Fächern Soziologie, Pädagogik und Psychologie allgemeine Grundlagen der Sozialpädagogik vermittelt werden. Daneben werden Veranstaltungen aus den Bereichen Recht, Bewegungserziehung, Medien, Methoden, Politik sowie Fremdsprachenunterricht und ein Wahlbereich verpflichtend angeboten.

Im Hauptstudium (72 Semesterwochenstunden) erfolgt die Vertiefung auf die angesprochene Klientengruppe. Die Projektarbeit, die insgesamt 30 Semesterwochenstunden umfassen soll, wird sich thematisch mit Sozialmanagement bzw. Personal- oder Haushaltsmanagement beschäftigen.

Während des Grundstudiums und des Hauptstudiums muß je ein Blockpraktikum absolviert werden.

c) Studiengang Bauingenieurwesen

Ebenso wie die Sozialpädagogik wird auch das Bauingenieurwesen an zwei Standorten in Sachsen-Anhalt (Dessau und Magdeburg) und in Potsdam angeboten. Da die Absolventen nach Darlegung des Landes hauptsächlich in der Region ihrer Ausbildung bleiben, bestünde für die Altmark eine Nachfrage, die von den bestehenden Standorten nicht abgedeckt wird.

Entsprechend dem Anforderungsprofil der Wirtschaft soll an der Fachhochschule Altmark nicht rein konstruktiv orientiertes Bauingenieurwesen gelehrt werden; vielmehr werden in größerem Umfang prozeßtechnische (baubetriebliche und baustellenorientierte) sowie managementbezogene Kenntnisse vermittelt.

Das dreisemestrige Grundstudium (84 Semesterwochenstunden) wird durch Vermittlung von naturwissenschaftlichen und ingenieurtechnischen Grundkenntnissen bestimmt. Daneben spielen Umweltschutz sowie im Wahlbereich auch Psychologie, Soziologie oder Baurecht eine Rolle.

Im Hauptstudium (78 Semesterwochenstunden) soll der Studierende im Rahmen des Grundfachstudiums in die Pflichtfächer Baukonstruktion/Tragwerksplanung/Erd- und Grundbau, Wasserwesen, Verkehrswesen sowie Baubetrieb eingeführt werden (56 Semesterwochenstunden). Aus den fünf Angeboten für einen Studienschwerpunkt (Baubetrieb, Baumanagement, Infrastrukturplanung, konstruktiver Ingenieurbau, rechnergestützte Planung und Konstruktion) kann er zwei Bereiche auswählen, auf die 18 Semesterwochenstunden entfallen. Vier Semesterwochenstunden sollen für praxisbegleitende Lehrveranstaltungen verwandt werden.

d) Studiengang Versorgungstechnik/Technische Gebäude-
ausrüstung

Anknüpfend an die wirtschaftlichen Perspektiven und die differenzierten Anforderungen der Bauwirtschaft plant das Land einen weiteren baubezogenen Studiengang. Der Anteil des technischen Ausbaus am Gebäudewert reicht von ca. 15 % (Einfamilienhaus) bis zu 60 % (z. B. Krankenhaus). Auch der Energieverbrauch hängt ganz wesentlich von der baulichen Ausstattung ab, so daß zunehmend die Notwendigkeit für eine integrierte Bauplanung besteht, die sowohl die technischen Gebäudesysteme als auch das Gebäudemanagement und computer-gestützte Gebäudesimulationssysteme u.a.m. berücksichtigt. Diesem Anforderungsprofil soll durch die Kombination von Studienelementen aus den Bereichen Bautechnik sowie Klima-, Lüftungs- und Heizungstechnik sowie Gas- und Wassertechnik Rechnung getragen werden. In dieser Verbindung unterscheidet sich das Studienangebot nach Auffassung des Landes vom Studiengang Ver- und Entsorgungstechnik in Merseburg.

Das dreisemestrige Grundstudium (84 Semesterwochenstunden) ist naturwissenschaftlich (Mathematik, Physik, Chemie, Thermodynamik) und ingenieurtechnisch (Technische Mechanik, Elektrotechnik/Meß- und Regelungstechnik, Werkstoffkunde/Baukunde) dominiert. Außerdem wird ein Wahlbereich angeboten, der u.a. Umweltschutz, Wirtschaftsrecht und Soziologie/Psychologie beinhaltet.

Das Hauptstudium (78 Semesterwochenstunden) umfaßt als Pflichtangebot (56 Semesterwochenstunden) die Schwerpunkte Heizungs-, Klima-, Gas- und Wassertechnik und enthält Bezüge zum Umweltschutz. Im Rahmen des Wahlpflichtstudiums ist neben dem vertieften Studium der Technischen Gebäudeausrüstung (Schwerpunkt I: Digitale Regelung, Steuerungstechnik, Kältetechnik, Elektrische Energieversorgung, Sicherheitstechnik) auch das Studium spezieller Fächer aus dem Bauin-

genieurwesen (Schwerpunkt II: Baustoffkunde, Baukonstruktion, Gebäudesanierung, Städtebau/Siedlungsbau) möglich.

II.3. Personelle und räumliche Ausstattung

Auf die flächenbezogenen Studienplätze in den einzelnen Studiengängen sollen folgende Professorenstellen entfallen:

	Studien- plätze/Anfänger	Professuren
Betriebswirtschaft	350/100	16
Sozialpädagogik	210/ 60	11
Bauingenieurwesen	245/ 70	13
(Versorgungstechnik	210/ 60	12)

Rund 15% der Lehrleistung soll von Lehrbeauftragten erbracht werden. Für Verwaltungs- und sonstiges Personal sind 56 weitere Stellen geplant.

Zur Unterbringung der Fachhochschule ist die ehemalige Tauentzien-Kaserne am nördlichen Stadtrand Stendals vorgesehen. Sie wurde im August 1993 von den Streitkräften der GUS geräumt. Die Anbindung des Standortes an das öffentliche Verkehrssystem ist bereits gesichert.

Eine Prüfung von Grundstück und Bauten durch das Land hat ergeben, daß die Gebäudesubstanz (vorwiegend aus den 30er Jahren) erhaltenswert ist und nur relativ geringe Aufwendungen für die Beseitigung von Altlasten notwendig sein werden.

Bei der Unterbringungsplanung wird davon ausgegangen, daß für die Zentralverwaltung mit 740 m² Hauptnutzfläche und

für die Fachbereiche mit einer Hauptnutzfläche von 7.700 m² die ehemaligen Kasernengebäude genutzt werden sollen, die insgesamt eine Hauptnutzfläche von 8.700 m² enthalten.

Eine Flächen- und Kostenschätzung auf der Grundlage der Flächen- und Kostenrichtwerte der Rahmenplanung hat ergeben, daß für einen Neubau der Fachbereichsgebäude und der Verwaltung rund 60,2 Millionen DM angesetzt werden müßten. Für die Sanierung der bestehenden Flächen geht das Land von 60% vergleichbarer Neubaukosten aus, d. h. rund 38,2 Millionen DM. Die Ersteinrichtung für beide Bereiche wird mit 5,2 Millionen DM beziffert.

Für Mensa und Bibliothek sollen auch wegen des erforderlichen Raumzuschnitts Neubauten erstellt werden. Sie werden mit 1.580 m² Hauptnutzfläche veranschlagt, die Neubaukosten im Umfang von rund 11,5 Millionen DM und Ersteinrichtungskosten in Höhe von rund 0,5 Millionen DM verursachen würden.

Das Land setzt außerdem 6 Millionen DM für die Beschaffung eines Büchergrundbestandes an.

Das Land sieht vor, erste Teilvorhaben zum 26. Rahmenplan anzumelden. Für den Aufbau der Fachhochschule sollen unabhängig davon ergänzend Mittel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung eingesetzt werden.

B. Stellungnahme

I. Zu den Ausbauplänen des Landes im Fachhochschulbereich

Der Wissenschaftsrat begrüßt die grundsätzliche Prioritätensetzung des Landes zugunsten des Auf- und Ausbaus eines leistungsfähigen Hochschulsystems. Dabei sollte es sich quantitativ an der nach heutigem Kenntnisstand zu erwartenden Entwicklung der Studienanfängerzahlen und strukturell an den Studienwünschen der Studienanfänger wie auch den Qualifikationserfordernissen der Praxis orientieren. Innerhalb dieses Rahmens unterstützt der Wissenschaftsrat das Land bei seinem erklärten Ziel, die Bedingungen für Lehre und Forschung an den bestehenden Hochschulen durch umfangreiche Sanierungs- und Neuvorhaben nachhaltig zu verbessern. Angesichts dieser Aufgabenstellung, deren Erfüllung in den nächsten Jahren erhebliche Investitionsmittel erfordern wird, ist die in den Beratungen mit dem Wissenschaftsrat getroffene Entscheidung wissenschaftspolitisch richtig, besonderes Gewicht auf den Fachhochschulausbau zu legen.

Das Land Sachsen-Anhalt hat sich mit seinen Planungen im Fachhochschulbereich, zur Schaffung von insgesamt 16.800 flächenbezogenen Studienplätzen bis zum Jahr 2000 ein ehrgeiziges Ziel gesteckt. In einer ersten Ausbaustufe sieht es die Errichtung von insgesamt 12.000 flächenbezogenen Fachhochschulstudienplätzen vor. Dabei geht es für die zukünftige Nachfrage nach Studienplätzen an Fachhochschulen davon aus, daß 50% der Studieninteressenten ein Fachhochschulstudium aufnehmen wollen.

Unter Berücksichtigung der vorliegenden Prognosen über die voraussichtliche Zahl der Studienberechtigten, die den Zeitraum bis einschließlich 2015 abdecken, hält der Wissenschaftsrat den Ausbau von insges. 12.000 flächenbezogenen Studienplätzen für vernünftig. Zum jetzigen Zeitpunkt sieht

er jedoch keinen darüber hinausgehenden Bedarf, so daß er sich eine gesonderte Stellungnahme für den Fall vorbehält, daß das Land über dieses erste Ausbauziel hinaus Vorhaben zum Ausbau von Fachhochschulen zum Rahmenplan anmeldet. Außerdem ist es nach Ansicht des Wissenschaftsrates notwendig, den Aufbau der Fachhochschule Altmark innerhalb dieses Gesamtausbaurahmens zu vollziehen. Dies bedeutet, daß das Land die für diesen Standort vorgesehenen 1.000 flächenbezogenen Studienplätze durch Aussetzung des Ausbaus von 800 flächenbezogenen Studienplätzen an bestehenden Fachhochschulen und weiteren 200 Studienplätzen in anderen Teilen des Hochschulsystems erwirtschaften muß. Diese Streckung sollte jedoch folgende Richtlinien berücksichtigen: Keiner der betroffenen Standorte darf durch die Streckung unterhalb der kritischen Grenze von 1.000 flächenbezogenen Studienplätzen im Endausbau fallen. Außerdem muß die Streckung innerhalb der "klassischen" Studiengänge vorgenommen werden, so daß eine fachliche Entwicklung nicht behindert wird.

Bereits im Zuge der Planungen zur Erweiterung der Zahl der Studienplätze an Fachhochschulen auf insgesamt 12.000 verdienen nach Ansicht des Wissenschaftsrates folgende Überlegungen besondere Aufmerksamkeit:

Für ein Studium an den Fachhochschulen haben sich in Sachsen-Anhalt gegenwärtig 43% aller Studienanfänger entschieden. In seinen Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren hat der Wissenschaftsrat auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß ein weiterer kapazitärer Zuwachs der Fachhochschulen mit einer Erweiterung des Fächerspektrums einhergehen müsse, um sowohl die Attraktivität für Studierende zu erhöhen als auch neue und weiterge-

fächerte Einsatzmöglichkeiten der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt sicherzustellen.⁶⁾ Das Land sollte deshalb den eingeschlagenen Weg fortsetzen und seine Bemühungen um die Entwicklung innovativer und moderner Studienangebote mit Bezug zu aktuellen Entwicklungen der regionalen und überregionalen Wirtschaft sowie im Öffentlichen Dienst intensivieren. Es sollte sowohl neue Schwerpunkte als auch kapazitätswirksame Studiengänge in neuen Feldern erschließen. In diesem Zusammenhang begrüßt der Wissenschaftsrat die im Hochschulgesetz des Landes eröffnete Möglichkeit, für die Ausbildung von Beamten in der öffentlichen Verwaltung besondere Fachbereiche an allgemeinen staatlichen Hochschulen zu errichten.⁷⁾

Für die Realisierung der Ausbauplanungen im Hochschulbereich hat sich das Land zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2005 etwa 4 Milliarden DM unter Einbeziehung der Großgeräte knapp 5,3 Milliarden DM in den Hochschulbau zu investieren. Mit 954 Millionen DM sollen auf den Fachhochschulbereich rund 22% entfallen. Hiervon sollen nach der Finanzplanung 426 Millionen DM bis 1999 investiert werden. Die Bereitstellung dieser Investitionsmittel ist die Voraussetzung, um die angestrebten Ausbauziele, die sowohl im Rahmen von Neubaumaßnahmen als auch von kostengünstigeren Sanierungsmaßnahmen der Gebäude von Vorgängereinrichtungen sowie Kasernenanlagen realisiert werden sollen, tatsächlich zu erreichen, wobei nach Klärung offener Eigentumsfragen die planenden und durchführenden Stellen für eine zügige Umsetzung der Vorhaben sorgen sollten. Das Land sollte prüfen, durch welche Verfahrenserleichterungen zur Beschleunigung

⁶⁾ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren. - Köln 1991, S. 74-80.

⁷⁾ Der Wissenschaftsrat bereitet derzeit auf Bitten der Länder Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen eine Stellungnahme zur weiteren Entwicklung der verwaltungsinternen Fachhochschulen und ihrer Ausbildung für den gehobenen Dienst vor.

der Realisierung von Investitionsvorhaben beigetragen werden kann.

II. Zu den Planungen für die Neugründung einer Fachhochschule Altmark in Stendal

II.1. Zum Standort

Die vom Land als Standort einer neuen Fachhochschule vorgesehene Region Altmark weist ein seit der Wende deutlich verändertes Bildungsverhalten im schulischen Bereich auf, dem im Tertiären Sektor kein entsprechendes Bildungsangebot gegenübersteht, da die Hochschulen aus historischen Gründen im südlicheren Teil des Landes konzentriert sind. Dieses Strukturdefizit im Hochschulsystem des Landes zu beseitigen, ist ein berechtigtes bildungspolitisches Anliegen des Landes. Nach Auffassung des Wissenschaftsrates kann die Region Altmark eine eigenständige Fachhochschuleinrichtung mit 1.000 flächenbezogenen Studienplätzen und einem abgerundeten Studiengangangebot tragen. Er erachtet außerdem Stendal als geeigneten Standort für eine solche Einrichtung.

Zwar ist ebenso wie die wirtschaftliche auch die demographische Entwicklung der Region noch nicht hinreichend deutlich zu erkennen. Gleichwohl erlauben die Berechnungen des Landes zum künftigen potentiellen Studentenaufkommen den Schluß, daß der Standort eine Fachhochschuleinrichtung mit rund 300 Studienanfängern und 1.000 flächenbezogenen Studienplätzen unter Nachfrageaspekten auf Dauer tragen dürfte. Angesichts des im Landesvergleich überdurchschnittlich hohen Anteils der Altersgruppe jünger als 20 Jahre an der Gesamtbevölkerung der Region und des ebenfalls starken Anteils der Schüler, die die allgemeine bzw. gebundene Hochschulreife anstreben, erscheinen die Berechnungen, die das

Land zu den Übergangsquoten zu einer regionalen Fachhochschule vorgelegt hat, plausibel.

Hinzu käme, daß sich das potentielle Studierendenaufkommen vergrößern würde, wenn in die Berechnungen die südlichen Teile Mecklenburg-Vorpommerns und die Prignitz in Brandenburg einbezogen würden, die zusammen mit der Altmark eine historische Landschaft bilden, wirtschaftlich vergleichbar strukturiert sind und über keine Fachhochschuleinrichtung verfügen. Da Brandenburg auf die Errichtung eines eigenen Fachhochschulstandortes in der Prignitz verzichtet hat und auch Mecklenburg-Vorpommern keine Pläne zum Aufbau einer Fachhochschuleinrichtung in seinen südlichen Landesteilen verfolgt, käme Stendal die Aufgabe zu, über die Ländergrenzen hinweg eine regionale Versorgungsfunktion im tertiären Bildungsbereich zu übernehmen.

Über dieses Studienplatzangebot hinaus wird es jedoch nach Ansicht des Wissenschaftsrates in absehbarer Zeit keinen Raum mehr für eine weitere Fachhochschuleinrichtung in den an die Altmark angrenzenden Regionen Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns geben.

II.2. Zu den Studiengängen und Studienschwerpunkten

Das Land Sachsen-Anhalt plant mit den drei Studiengängen Betriebswirtschaftslehre, Sozialpädagogik und Bauingenieurwesen in einem ersten Schritt ein solides und eher herkömmlich ausgerichtetes Studienangebot für den Standort Stendal. Da die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Region noch nicht eindeutig abzusehen ist, ist eine Ausrichtung auf die Berufsfelder Betriebswirtschaft, Sozialwesen und Bauwirtschaft, die als ein dominierender Wirtschaftszweig anzusehen ist, grundsätzlich sinnvoll.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt dem Land jedoch, zunächst den Aufbau mit einem Studiengang zu beginnen und hierfür die Organisationsform einer Außenstelle der Fachhochschule Magdeburg zu wählen.

Mit Blick auf die derzeitige regionale Strukturschwäche, die noch keine deutlichen wirtschaftlichen Entwicklungsschwerpunkte für die Zukunft erkennen läßt, erscheint der Vollausbau eines Studiengangs Betriebswirtschaftslehre in der Risikoabwägung auch deshalb für diesen ersten Aufbauschritt am ehesten geeignet, weil in Stendal bereits seit dem Wintersemester 1992/93 Fernstudienbrückenkurse Betriebswirtschaftslehre zur Nachqualifizierung von Ingenieur- und Fachschulabsolventen der DDR als Außenstelle der Fachhochschule Magdeburg durchgeführt werden. Beratungen mit dem Wissenschaftsrat in den zurückliegenden eineinhalb Jahren haben das Land bewogen, entgegen seiner ursprünglichen Absicht an der Fachhochschule Magdeburg, aufbauend auf dem bereits angebotenen Zusatzstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen, ein grundständiges betriebswirtschaftliches Studienangebot einzurichten, das eine technisch orientierte Schwerpunktsetzung verfolgen soll. Bei der ursprünglichen Studiengangsplanung zeichnete sich ein klar differenziertes Fächerangebot zwischen den beiden Standorten Magdeburg und Stendal ab. Der Wissenschaftsrat bittet das Land, durch geeignete Schwerpunktsetzungen dafür Sorge zu tragen, daß trotz des Aufbaus der Betriebswirtschaftslehre in Stendal und Magdeburg dem Differenzierungsgebot auch bei der weiteren Planung ausreichend Rechnung getragen wird.

Zur Weiterentwicklung der Studiengangsplanungen für Stendal wird empfohlen, die vorgesehenen Studienanteile für Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsrecht im Sinne einer Verstärkung zu überprüfen. Der Wissenschaftsrat begrüßt, daß dem Schwerpunktbereich I des Hauptstudiums, der der fachlichen Ausbildung im engeren Sinne gewidmet und durch

exemplarisches Lernen charakterisiert ist, ein stärkeres Gewicht gegenüber dem Schwerpunktstudium II beigemessen wird, in dessen Mittelpunkt die Vermittlung fachübergreifender Kompetenzen steht. Es sollte außerdem auf die Bereitstellung von Wahlfächern geachtet werden, die die Betriebswirtschaftslehre sinnvoll ergänzen. Vor allem sollten solche Fächer vorgesehen werden, die Anschlußmöglichkeiten für die zunächst zurückzustellenden Studiengänge in den technischen Disziplinen und im Sozialwesen bieten.

Das Land sollte die erste Aufbauphase in Stendal als Außenstelle der Fachhochschule Magdeburg zur sorgfältigen Beobachtung der wirtschaftsstrukturellen und weiteren demographischen Entwicklung nutzen, um für den Fall einer Ausweitung des Studiengangsspektrums sachadäquate Planungen einleiten zu können. Bei der Aufnahme des Studienbetriebs im Hauptstudium sollte von Anfang an angestrebt werden, das Wahlpflichtangebot Rechnungswesen, Marketing, Personalwesen und Finanzwirtschaft permanent anzubieten und damit den Studierenden ständig entsprechende Wahlmöglichkeiten offenzuhalten, mit denen sie auf Anforderungen der klein- und mittelbetrieblichen Wirtschaftsstruktur der Region eingehen können. Beim Personalwesen sollten Aspekte des Arbeitsrechts in das Studienangebot integriert werden.

Der Wissenschaftsrat weist auf seine Stellungnahme zum Ausbau der Fachhochschulen in Baden-Württemberg hin, in der er sich auch zur Einrichtung von Außenstellen geäußert hat.⁸⁾ Er empfahl damals nur solche Einrichtungen aufzubauen, für die aus aktueller Sicht begründete Aussichten bestehen, daß sie von der personellen und sächlichen Ausstattung und vom angebotenen Fächerspektrum her längerfristig lebensfähig sind, d.h. sich aus eigener Kraft im Wettbewerb der Hoch-

⁸⁾ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Ausbau der Fachhochschulen in Baden-Württemberg, in: Empfehlungen und Stellungnahmen 1989, Köln, 1990, besonders S. 104-106

schulen behaupten können und für Studenten, Professoren und für die regionale Wirtschaft attraktiv bleiben. Nur von leistungsfähigen Einrichtungen können auf Dauer die strukturpolitischen Effekte ausgehen, die für die Entwicklung einer Region erhofft werden. Ausreichendes Bewerberaufkommen, wirtschaftliches Umfeld und die Ausstattung einer weiter entfernten Außenstelle mit den notwendigen Infrastruktureinrichtungen wie Bibliothek, Rechenzentrum und Mensa wurden als Kriterien herangezogen. In Anbetracht der weiter oben erläuterten Prämissen sieht der Wissenschaftsrat diese Kriterien im Falle einer Außenstellenlösung für Stendal erfüllt.

II.3. Zur geplanten personellen und räumlichen Ausstattung

Die ursprünglich vom Land vorgesehene personelle Ausstattung der Fachhochschule Altmark orientierte sich an einer durchschnittlichen Relation von 18,5 Wissenschaftlichen Stellen zu 100 Studienanfängern. Hinzu sollten weitere 15% Lehrleistungen kommen, die an Lehrbeauftragte vergeben werden sollen. Nach Ansicht des Wissenschaftsrates ist diese Relation noch immer angemessen. Bei der Personalplanung für den Studiengang Betriebswirtschaftslehre sollte auf eine hinreichende fachliche Differenzierung der Professuren besonderer Wert gelegt werden.

Nach einem Besuch vor Ort ist der Wissenschaftsrat zu dem Ergebnis gelangt, daß die vom Land gewählte ehemalige Tauentzien-Kaserne für die Unterbringung einer Fachhochschule grundsätzlich geeignet ist. Diese Eignungsfeststellung geht von der Voraussetzung aus, daß ihre Herrichtung im Rahmen des HBFG die Kosten vergleichbarer Neubauten nicht überschreitet. Sollte dies nicht gewährleistet werden können, weist der Wissenschaftsrat vorsorglich darauf hin, daß dann die Unterbringung erneut überprüft werden müßte. Der Wissenschaftsrat befürwortet in diesem Zusammenhang einen

räumlichen Vollausbau für den vorgesehenen Studiengang Betriebswirtschaftslehre und der zur Aufrechterhaltung des Studienbetriebs notwendigen Infrastruktureinrichtungen.

Angesichts der Anforderungen an moderne EDV-Einrichtungen für die Lehre erscheint es zweifelhaft, ob die Orientierungshilfen der Rahmenplanung für eine Berechnung der Ersteinrichtungskosten zur Befriedigung des fachlich begründeten Bedarfs, vor allem im Studiengang Betriebswirtschaft, ausreichend sind, so daß der Wissenschaftsrat eine bedarfsgerechte Anhebung des Ansatzes in der Landesplanung empfiehlt.

Der Wissenschaftsrat geht davon aus, daß die für den Aufbau des Studiengangs Betriebswirtschaftslehre notwendigen Investitionsmittel in der mittel- und langfristigen Finanzplanung des Landes abgesichert sind. Er unterstützt die Initiative des Landes, für Maßnahmen des Hochschulbaus Mittel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung für den Ausbau der Fachhochschule Altmark zu nutzen. Ein Einsatz dieser Mittel im Hochschulbau erscheint auch aus regionalpolitischen Gründen als sinnvoll. Außerdem würde dadurch die Einleitung einzelner Ausbaumaßnahmen bereits im Jahr 1996 ermöglicht.

C. Zusammenfassende Empfehlung

Der Wissenschaftsrat begrüßt das erklärte Ziel des Landes, die Fachhochschulen mit besonderem Nachdruck auszubauen. Die Auslastung der in Sachsen-Anhalt bereits verfügbaren Studienplatzkapazität zeigt, daß Fachhochschulstudienangebote auf weiter wachsendes Interesse stoßen. Die festgelegten Ausbauziele für die bestehenden Fachhochschulen sollten unter längerfristigen Bedarfsgesichtspunkten überprüft werden. Zu ihrer Erreichung sind erhebliche finanzielle Anstrengungen notwendig, die das Land auf sich zu nehmen be-

absichtigt. Das Zurückbleiben der Nachfrage an einzelnen Standorten nach eher traditionellen Technikangeboten erfordert es, die Studienangebotsplanungen sich ändernden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen anzupassen. Auf der Grundlage der vorliegenden Prognosen über die Entwicklung der Studienberechtigtenzahlen bis zum Jahr 2015 hält der Wissenschaftsrat mittelfristig ein Ausbauziel von insgesamt 12.000 flächenbezogenen Studienplätzen an Fachhochschulen für ausreichend. Er behält sich zu weitergehenden Ausbauplanungen des Landes eine Stellungnahme vor.

Mit den Planungen für die Neugründung einer Fachhochschuleinrichtung in Stendal will das Land aus bildungspolitischen Gründen eine regionale Versorgungslücke in seinem Hochschulsystem schließen und zugleich der Region strukturelle Impulse verleihen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt demgegenüber, zunächst vom Aufbau einer eigenständigen Fachhochschule in Stendal abzusehen und mit dem Ausbau des Studiengangs Betriebswirtschaftslehre in der Organisationsform einer Außenstelle der Fachhochschule Magdeburg zu beginnen. Der Wissenschaftsrat weist auf seine Stellungnahme zum Ausbau der Fachhochschulen in Baden-Württemberg hin, in der er sich auch zur Einrichtung von Außenstellen geäußert hat. Er sieht die dort genannten Kriterien im Falle einer Außenstellenlösung für Stendal als erfüllt an.

Zur Unterbringung der Fachhochschuleinrichtungen in Stendal ist die vom Land ins Auge gefaßte Tauentzien-Kaserne grundsätzlich geeignet. Die vom Land in Ansatz gebrachten Ersteinrichtungsmittel für den Studiengang Betriebswirtschaft erlauben kaum eine angemessene EDV-Ausstattung und sollten deshalb vom Land erhöht werden. Zudem muß offenbleiben, ob sich die Annahme als realistisch erweist, daß Umbau und Sanierung der Kasernengebäude mit etwa 60% vergleichbarer Neubaukosten zu realisieren sein werden. Die notwendige

Überprüfung der Bauplanung sollte mit einer Aktualisierung des Finanzbedarfs einhergehen.

Für eine abschließende Beurteilung der finanziellen Rahmenbedingungen geht der Wissenschaftsrat davon aus, daß die Ausbauziele des Landes Sachsen-Anhalt nur realisiert werden können, wenn die finanzpolitische Zielsetzung erreicht wird, bis zum Jahre 2005 vier Milliarden DM für den Hochschulbau bereitzustellen. Er unterstützt die Absicht des Landes, in diesem Zusammenhang für Maßnahmen im Hochschulbau Mittel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung einzusetzen.

Zur Frage der Aufnahme einer Fachhochschule Altmark in Stendal in die Anlage zum HFBG, die eine Verselbständigung der Außenstelle der Fachhochschule Magdeburg in Stendal mit einem dann zu erweiternden Fächerspektrum beinhalten würde, wird der Wissenschaftsrat bis zum 28. Rahmenplan eine Stellungnahme abgeben. Das Land wird gebeten, im Zusammenhang mit Anmeldungen von Vorhaben zur Rahmenplanung über die räumliche, personelle und fachliche Entwicklung der Außenstelle Stendal zu berichten und dem Wissenschaftsrat zu gegebener Zeit weitere Unterlagen für eine Erweiterung bzw. Modifizierung dieser Stellungnahme vorzulegen.